



Referendum gegen den
Millionenkredit zur Einführung
der «Züri City-Card»
www.zuericitycard-nein.ch

Medienmitteilung vom 8. November 2021

Über 3'000 Unterschriften gegen die Scheinlegalisierung von Sans-Papiers: Referendum gegen Rahmenkredit zur «Züri City-Card» eingereicht

Obwohl der Bundesrat wie auch der Zürcher Regierungsrat mehrmals festgehalten haben, dass ein städtischer Ausweis wie die «Züri City-Card» gegen Bundesrecht verstösst, wollen Stadt- und Gemeinderat weitere 3,2 Mio. Steuergelder einsetzen, um das Projekt weiterzuverfolgen. Dass das Ausländer- und Asylrecht abschliessend auf Bundesebene geregelt ist und Städte bzw. Kantone hier keine Kompetenzen haben, beeindruckt sie nicht. Gegen diese sinnlose Verschleuderung von Steuergeldern hat sich ein überparteiliches Komitee aus Vertretern von EVP, FDP, SVP sowie Jungfreisinnigen und JSVP gebildet. Heute wurde das Referendum mit 3'053 Unterschriften eingereicht. Damit kann die Stimmbevölkerung im kommenden Jahr über den Kredit entscheiden.

Der Zürcher Stadtrat und der Gemeinderat wollen ein Exempel statuieren. Mit dem Projekt «Züri City-Card» wollen sie zeigen, dass sie mit der Ausländerpolitik des Bundesrats nicht einverstanden sind. Mit einem solchen lokalen Ausweis wollen sie den Anschein einer rechtskonformen Situation bezüglich des Aufenthalts von Sans-Papiers in Zürich erwecken. Dass es rechtswidrig und auch strafbar ist, die bundesrechtlichen Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern zu umgehen, scheint sie nicht zu kümmern.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat es am 24. September 2018 im Nationalrat klar und unmissverständlich festgehalten: «Die Gemeinden oder die Kantone haben keine Kompetenz, den Aufenthalt von Sans-Papiers nach eigenen Bestimmungen mit einem Ausweis verbindlich zu regeln» (Antwort auf Frage 18.5587, Rutz G.). Der Bundesrat und auch das Staatssekretariat für Migration unterstrichen mehrmals, dass eine «City-Card» als Ausweis klar gegen Bundesrecht verstossen würde. Trotzdem will die Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat stur an diesem Projekt festhalten und auf Kosten der Steuerzahler weitere Studien anfertigen lassen.

Gegen den Rahmenkredit von 3,2 Mio. Franken zur Weiterbearbeitung dieses Projekts hat ein überparteiliches Komitee das Referendum ergriffen. Dieses Komitee setzt sich aus Vertretern der EVP, FDP, SVP, Jungfreisinnigen und JSVP zusammen. Das Referendum gegen den Millionenkredit wurde heute mit 3'053 Unterschriften eingereicht.

Die Allianz aus Politikern von EVP, FDP und SVP wie auch Jungfreisinnigen und JSVP wird sich im Abstimmungskampf vom kommenden Frühling dafür einsetzen, dass der Rahmenkredit für die „Züri City-Card“ abgelehnt und das unsinnige, illegale Projekt so definitiv beendet wird.

Zürich, den 8. November 2021